

Salte-Beitung.

Funf und vierzigster Jahrgang.

Bezugspreis für Halle vierteljährlich bei postmaligem Postzahlung 2,50 M. durch die Post 2,75 M. auslich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

werden die Spezialisten Kolonialisten über deren Raum mit 20 Wp. ... aus Halle mit 20 Wp. berechnet mit allen weiteren Annehmlichkeiten und allen Kinnernen Expeditionen angenommen.

Erscheint täglich einmal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Verwaltung: Halle, Gr. Braustraße 17; Nebendruck: Buchdruckerei, Markt 24.

Nr. 127.

Halle a. S., Donnerstag, den 16. März.

1911.

Die Wahlurne.

Beim Etat des Reichsamts des Innern, der gegenwärtig den Reichstag beschickt, hat die Fortschrittliche Volkspartei beantragt, den Reichstanzler zu ersuchen, die Sicherung des verfassungsmäßig garantierten Wahlgeheimnisses dadurch herbeizuführen, daß von Reichs wegen und auf Kosten des Reichs den Wahlbezirken einheitliche Wahlurnen geliefert werden, welche eine Verletzung des Wahlgeheimnisses ausschließen.

Diese Erklärung ist gewiß dankenswert. Aber damit ist keineswegs eine Sicherung geschaffen, daß auch tatsächlich die Welfung von allen Stellen befolgt wird.

Die Klagen über die Verwendung ungenügender Wahlurnen bei den Reichstagswahlen sind so alt, wie der Reichstag selber. In dem im Mai 1898 herausgegebenen Bericht der Wahlprüfungskommission über die Ergebnisse der Wahlprüfungen in der Legislaturperiode heißt es: „Teller, Biergläser, Zigarrenkästen und Fischzuchtbecken wurden als ungeeignet zum Gebrauch als Wahlurne bezeichnet.“

Vor einiger Zeit hieß es, daß die Wahlprüfungskommission beabsichtige, aus eigener Initiative einen Antrag einzubringen, zum Erlaß von Vorschriften über die Beschaffenheit und den Gebrauch der Wahlurnen. Bisher ist diese gute Absicht nicht zur Tat geworden.

Auf Grund dieser Auffassung darf mit Bestimmtheit angenommen werden, daß die Reichsregierung es als etne Ehrenpflicht betrachten wird, alle Maßnahmen zu treffen, damit die Reichstagswahlen entsprechend den Vorschriften der Reichsverfassung wirklich geheim sind und nicht nur bis zu einem gewissen Grade das Wahlgheimnis gesichert ist.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

49. Sitzung vom Mittwoch, 15. März.

Am Ministertisch: v. Trott zu Sohl. Präsident v. Kröner eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min. Die zweite Sitzung des

Kultusetats

wird fortgesetzt beim Kapitel „Technisches Unterrichtswesen“.

Abg. Dr. v. Bogna (fr.) begründet einen Antrag, im nächstjährigen Etat Mittel für die Errichtung eines Laboratoriums zur Erforschung der industriellen Verwertung der preussischen Moore in Anglaterra und in der Technischen Hochschule in Hannover vorzusehen.

Abg. Marco (mtl.) spricht über die Bedeutung des Technischen Unterrichtswesens.

Abg. Dr. Bell (Ztr.) wußt an allerhöchster Stelle bringt man dem technischen Bildungswesen größtes Interesse entgegen, wie die Kaiserreise bei der Einweihung der technischen Hochschule in Breslau zeigt.

Abg. Dr. Fehsenber (Ztr.) wünscht bessere Ausgestaltung der Maschinenlaboratorien an den technischen Hochschulen.

Der Antrag Dr. v. Bogna (fr.) wird einstimmig angenommen.

Abg. Heine (mtl.) Die Professor für ländliche Bautaus- und landwirtschaftliche Bautaus in Danzig entspricht einem wirtlichen Bedürfnis.

Abg. Weger-Rottmannsdorf (fr.) begrüßt die Beschaffung eines Versuchssbootes für die Schiffbauingenieurabteilung in Danzig und wünscht eine sachgemäße Ausbildung der ausführenden Schiffbauingenieure.

Abg. Dr. Wagner-Breslau (fr.) wünscht die baldige Inangriffnahme der in Aussicht genommenen Bauten bei der Technischen Hochschule in Breslau.

Kunst und Wissenschaft.

Abg. Dr. Wahmde (Sp.): Bei diesem Titel ist in der Kommission von Sparämtern gesprochen worden. Das wäre Sparämtern an unrichtigen Orte. Für die Kunst eine offene Hand. Das sind wir der Gesamtheit schuldig.

Abg. v. Sagan (Ztr.): Dem Vorredner kann ich in allen Punkten zustimmen. Das ethnographische Museum liegt sehr im Argen. Die Verlegung eines Teiles nach Dahlem ist notwendig.

Abg. Dr. Wagner (fr.): Dem Vorredner kann ich in allen Punkten zustimmen. Das ethnographische Museum liegt sehr im Argen. Die Verlegung eines Teiles nach Dahlem ist notwendig.

Abg. Dr. Flehnke (Soz.): Die „Deutsche Tageszeitung“ hat in einem Artikel anlässlich der Geburtsjahresfeier des Prinzregenten in Bayern anerkannt, daß das demokratische Prinzip in der Kunst in Bayern die Kunst vorwärtsgebracht habe.

Abg. Dr. Flehnke (Soz.): Die „Deutsche Tageszeitung“ hat in einem Artikel anlässlich der Geburtsjahresfeier des Prinzregenten in Bayern anerkannt, daß das demokratische Prinzip in der Kunst in Bayern die Kunst vorwärtsgebracht habe.

Abg. Cichoff (Sp.): Nach den Ausführungen des Vorredners müßte man glauben, daß Kunst und Wissenschaft im Norden im Argen liegen und daß das Hell nur aus dem Süden käme.

Abg. Heine (mtl.) betont die Wichtigkeit der biologischen Institute in Helgoland, Rostock und Königsberg.

Abg. Dr. Wagner-Breslau (fr.) schließt sich dem Vorredner an. Ein Schlußantrag wird angenommen, über eine Petition um Abänderung der Expedientienstellen in der Kgl. Bibliothek zu Berlin in Bibliothekssekretariatsstellen zur Tagesordnung übergegangen.

Abg. Dr. Hauptmann (Ztr.) wünscht Vermehrung der Stellen für wissenschaftliche Hilfsarbeiter am meteorologischen Institut in Berlin.

Abg. Wenke (Sp.) bebauert, daß die Regierung Mittel zum Ankauf von Naturdenkmälern in den Etat nicht eingestellt hat.

Abg. Wenke (Sp.) bebauert, daß die Regierung Mittel zum Ankauf von Naturdenkmälern in den Etat nicht eingestellt hat.

Abg. v. Sagan (Ztr.): Trotz des Vogelzuchtgesetzes verhindern Ungedanken schüchtern unsere Damen ihre Hilfe mit ausgestopften Vögeln.

Abg. Dr. Scheyer (Sp.): Im nicht dem Schicksal meines Vorredners zu verfallen, verziehe ich. (Beifall.)

Abg. Schreiner (Ztr.) fordert weitere Mittel für die Ausgrabung des Priester Kaiserpalastes.

Abg. Kunze (Sp.) tritt für die Erhaltung prähistorischer Denkmäler ein und empfiehlt die Befrage der mühseligen Ballade — immer singen, immer singen! (Beifall.)

Abg. v. Neumann-Grodenow (Kon.): Dem Abg. Flehnke sollte sage ich, von Anhebung ist bei uns in Preußen eine Rede. (Zustimmung rechts.)

Abg. Cichoff (Sp.): Das Ministerium hat in dieser peinlichen Sache nicht immer eine glückliche Hand gehabt.

Abg. Cichoff (Sp.): Das Ministerium hat in dieser peinlichen Sache nicht immer eine glückliche Hand gehabt.

Berliner Professorenfreis.

Verichterstatter ist Abg. Dr. v. Sagan (Ztr.). Abg. Schmedding (Ztr.): Es handelt sich um eine sehr peinliche Angelegenheit.

Abg. Schreiner (Ztr.) fordert weitere Mittel für die Ausgrabung des Priester Kaiserpalastes.

Abg. Kunze (Sp.) tritt für die Erhaltung prähistorischer Denkmäler ein und empfiehlt die Befrage der mühseligen Ballade — immer singen, immer singen! (Beifall.)

Abg. v. Neumann-Grodenow (Kon.): Dem Abg. Flehnke sollte sage ich, von Anhebung ist bei uns in Preußen eine Rede. (Zustimmung rechts.)

standen. Professor Bernhard hat sein Versprechen in dem Revier über die Vereinfachung der Hauptnoten nicht gehalten. Er hat sich zuerst dem Schiedsgericht fügen wollen, es aber am nächsten Tage abgelehnt. Darin scheint er zum Ministerium bekräftigt worden zu sein. Sein Vorwurf gegen Professor Sehring, daß dieser gegen seine Fäße, kann nach dem Urteil der Kommission nicht erhoben werden. Bernhards ganzes Verhalten ist zum Ministerium entscheidend beeinflusst worden. Dem Rektor gegenüber hat Bernhard eingeladen, daß er eine Komitè in einer Zeitung veranlassen habe, und hinzugefügt, er wolle die Presse beruhigen und auch Garantie leisten, daß die Professoren aus dem Ministerium anhören. (Hört, hört!) Der Minister, der eine Disziplinarmittelstellung gegen Bernhard ablesen, scheint nicht zu leicht hinzunehmen. Wie konnte Professor Bernhard nach der Eingabe der gesamten Fakultät an den Minister noch zweifeln, daß er nicht in der Berliner Fakultät bleiben könne? Gewiß ist auch von anderer Seite gefordert worden, aber das Verhalten dieser Männer steht tummeln über dem dem Professor Bernhard, der übrigens nur aus politischen Gründen berufen wurde. Uebrigens wird man Professor Bernhard, diesem talentierten, lebhaften jungen Manne, mitwundern umstände nicht verargen. Möge der Minister durch eine andere Verwendung Bernhards, der er selbst zustimmt, beruhigen, daß sich der Streit zu einem großen Kampfe zwischen Universität und Ministerium auswidert. (Sehr lebhaft Beifall links.)

× Kultusminister von Troit zu Solz: Die einzige mögliche Lösung war eine Verständigung zwischen den streitenden Professoren. Ich war immer bestrebt, sie herbeizuführen. Die erste Verständigung ist durch den Artikel der Wochenschrift, an dem Professor Bernhard mitgewirkt hat, wieder in Frage gestellt worden. Die Professoren Sehring-Schmolzer-Wagner haben in übertriebener Empfindlichkeit daraufhin den unglücklichsten Kampf wieder angefangen. Sie haben die eigene Persönlichkeit, um sie unter allen Umständen zu verteidigen, so sehr in den Vordergrund gestellt, daß sie die erforderliche Mäßigkeit auf die Universität nicht genommen haben. (Sehr richtig! rechts.) Dem Professor Bernhard kann Wortbruch nicht vorgeworfen werden. Die Fakultät wußte, daß Professoren nicht verjagt sind, sie hätte diese Bitte an mich unterlassen sollen. (Sehr richtig!) Die Wortworte gegen das Ministerium, daß es sich irgendeine um Protesten betätigt, sind vollständig unberechtigt und entziehen jeder Grundlage. Das Ministerium erteilt der Presse nur Auskünfte über tatsächliche Sachverhalte. Daraus, daß sich Professor Bernhard in schwieriger Situation beim Personalbegrenzen des Ministeriums hat, kann ihm kein Vorwurf gemacht werden. Jegliche Konflikte zwischen Universität und Ministerium besetzt gar nicht. Unrichtig ist, daß das Ministerium die Haltung Bernhards immer gefordert habe, es ist durchaus das Bestreben verfolgt worden, vernehmend und vermittelt zu wirken. Bernhard hat fälschlicherweise sein Schicksal zu einer Zeit, wo er schon den Wehrkampf nach Berlin hatte, in die Hand der Fakultät gelegt. Was soll nun geschehen? Professor Bernhard kann ich nicht verlegen. Die Beteiligten werden sich schließlich doch zu ruhiger Beurteilung der Dinge durchringen und die Zeit wird heilen, was jetzt noch beschief. Daß in so großen Fakultäten wie der Berliner Persönlichkeiten sind, denen man persönlich fernsteht, ist unvermeidlich, aber nicht unerträglich. Mein Ziel war die Verständigung zwischen den Beteiligten, das war auch das Ziel der Finfziner-Kommission; ich beacutere die nicht allzu große Meinungsverschiedenheit. (Vereingeltet Beifall.)

× Abg. Kowald (lit.): Wir wünschen Schonung der historischen Rechte der Universität. Fehler wurden auf beiden Seiten gemacht, die Fakultät mußte, nachdem die erste Leidenschaft verlogen war, ihre Eingabe als unhaltbar erkennen. Die Universität muß sich selbst helfen, der jüngere Teil muß sich bemühen, daß er sich nicht eingelebt hat, daß er keinen Fehler macht, der ältere mit der langen Erfahrung muß es verstehen, Brücken zu bauen.

× Abg. Dr. Wilmann (nt.): Im wesentlichen liegt das Unrecht auf Seiten Bernhards, das hat die Kommission festgestellt. Wir erkennen diese Verantwortlichkeit auf ihre größere Deftentigkeit an. Das Kultusministerium scheint von Schuld nicht frei zu sein. (Sehr richtig! links.) Es hat die Unterweisung Bernhards unter das Schiedsgericht geschickt. Die Kommission hat recht ungeschöner Behaltens Bernhards nicht und Schatten gleichmäßig verteilt. Hätte sich Bernhard diesem Schiedsgericht unterworfen, so wäre der Konflikt glücklicherweise durch den Welt geschlichtet worden. In der Budgetkommission hat der Kultusminister erklärt, aus dem Ministerium seien überhaupt keine Mitteilungen an die Presse gelangt. Tatsächlich besteht viel Misverständnis dafür, daß aus dem Ministerium auf die Presse eingewirkt worden ist. Der Artikel Hinneberg in der 'Tagl. Rundsch.' zeigt, daß ein Herr im Kultusministerium lebhaft Partei genommen hat. Ich glaube nicht, daß die Fakultät die Würde hat, den Minister zu einem Eingreifen zu veranlassen. Wir ergehen es nicht annehmbar, daß das dauernde Verbleiben von Professor Bernhard in einer Fakultät, die ihn so einmütig ablehnt, nicht förderlich sein kann. (Beifall.)

× Kultusminister v. Troit zu Solz: Ich beizette, in der Kommission und hier im Hause einander widersprechende Mitteilungen bezüglich der Presse gemacht zu haben. Wir sind an diesen Artikeln nicht beteiligt. Ich habe aus Erwidern des Professors Hinneberg nur den Befehl ausgesprochen lassen, daß er in dem Streit Zurückhaltung übe und namentlich Angriffe gegen Professor Sehring unterlasse. Das geschah auch. Das übrige ist Klatsch.

× Abg. Graf v. Hülsen (lit.): Das Zusammenbrechen der Verständigung war verhängnisvoll. Ich bin überzeugt, daß Professor Bernhard bona fide handelte. Ein Wortbruch seitens des Professors Bernhard liegt nicht vor. Die Universität Berlin erteilt die diesem Streit einen lächerlichen Schaden. Es ist der Universität nicht möglich, Professor Bernhard einem vollständigen Boykott zu unterwerfen. Wir würden es bedauern, wenn wir bei der Entscheidung über die Frage der Erweiterung der staatlichen Besoldung die hinsichtlich der Ablehnung der Professoren in die Freiheit der Universität eingetreten müßten.

× Abg. Kowald (Volz): Professor Bernhard hat sich wissenschaftlich kaum die Herzen verdient. Für seinen Charakter ist bezeichnend, daß er bei einer Fahrt durch die Altmärken, wo er Käte ist für ein Buch sammelte, sich von Geländewagen, letzteren politischer Genossen, bewirten ließ, mit ihnen vertrauliche Unterredungen hatte und sie dann in seinem Buche als haarsträubend bezeichnete. (Wahrlich im Zentrum und bei den Völkern.) Wir zweifeln daher an der Wahrheitsliebe des Herrn Prof. v. Bernhard.

Präsident v. Rohde: Weitere Bemerkung geht zu weit. Ein Schlußantrag wird angenommen. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. Rest des Kulturministers. Schluß 6 1/2 Uhr.

Deutscher Reichstag.

148. Sitzung am Mittwoch, den 15. März, 1 Uhr. Am Tische des Bundesrats Dr. Delbrück.

Der Etat des Reichsanwalts des Innern. (Weiterer Tag.)

× Abg. Graf v. Helldorf (kon.): Graf König hat schon seiner Freude über die agrarfreundliche Haltung der Nationalliberalen Ausdruck gegeben. Aber der Finanzband konziliert Gegenstände zwischen der Landwirtschaft und der Industrie. (Wiederdruck links.) Die Sozialpolitik befaßt sich besonders den gewerblichen Mittelstand, was wiederum darauf hinzuwirken muß, daß die Konkurrenz weniger erhalten werden. Der Redner empfiehlt seine Resolution auf Einführung einer Berufsausübung für den Betrieb von Wandertagern. Sie führen hauptsächlich Kammschwarzen und verletzen das Publikum zu unnötigen Ausgaben. Geradezu verwerflich ist, daß Kommunal- und Staatsbeamte einen schwingenden Handel betreiben. Das entspricht nicht der Würde unseres Staates. Die Warenhaussteuer sollte erhöht und die Konsumvereine allgemein entsprechend befreit werden. Der Redner spricht ferner über die Schulbildung, die eine nationale Gefahr geworden ist. Das Weib wurde nur noch als ein Objekt der Aufmerksamkeit behandelt. Das ist eine Herabwürdigung der weiblichen Frau. Wir wünschen demnach schon ein Gesetz, das die Anwesenheit der Schulbildung nicht erfordert. Der Redner spricht weiter über die Automobilindustrie, die ganz außerordentlich zurückgegangen ist. Die Schnellleisheit läßt man jetzt auch in den Automobilen fallen, bis eine eigene Bahn da ist, aber auch die Qualitätsprüfungen schädigen die Chancen. Der Redner fragt, wie es mit der Zwangsversicherung für Automobildesiger steht.

× Staatssekretär Dr. Delbrück: Gegen den Mißbrauch in Bezug auf den Detailhandel der Beamten sind Anweisungen ergangen; eines Gehebes bedarf es nicht. In der Frage der Bekleidung der Warenhäuser und Konsumvereine ist die Landesregierung zuständig. Die schwärzen Mißstände auf dem Gebiete der Schulbildung gebe ich durchaus zu. Eine Veränderung der Gesetzgebung ist aber nicht erforderlich. Die bisherigen Bestimmungen sind nur schwer zu ändern, was gegen wirtschaftliche Mittel mit Energie angewendet werden. Gegen die Schulbildung ist ein gesetzliches Einstricken sehr schwierig, da es sehr schwer ist, festzusetzen, was unter diesen Begriff fällt. Die Vorläufe der Bundesstaaten in dieser Richtung gehen dahin, die Kolportage im Wohnorte des Kolporteurs zu verbieten, mehr als bisher um Bestrafung zu greifen und auch die Strafbestimmungen zu verschärfen. Die Automobilwesen fahren als Geländewagenfahrern werden ganz verschwinden, aber die Zuerstlingsfahrern sind nicht zu entbehren. Die Landeszentralbehörden werden aber für die Wahrung der Rechte der Arbeitnehmer in der Bekleidungsfrage sorgen.

× Abg. Giesberts (Lit.): Wir bedauern die Haltung der Regierung zum Arbeitsmarktergesetz. Es frönt ganz gut nach in dieser Session verabschiedet werden, der Rest ist die Arbeitslosenversicherung und das Hausbesitzerrecht. Der Redner wendet sich gegen die abschließende Kritik der Sozialdemokraten an der sozialpolitischen Tätigkeit des Reichstages. Es sind eher zu viel Gesandtschaften eingebracht worden als zu wenig. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Sozialdemokraten sollten die Nationalliberalen veranlassen, ihren Widerstand gegen die Arbeiterrechte aufzugeben. Wenn sie drohen würden, im Beteiligungsfall die Nationalliberalen bei den nächsten Wahlen nicht zu unterstützen, so würden sie sicher ihr Ziel erreichen. (Lachen bei den Soz.) Die größten Gegner der Gemeinheitsbewegung sind in den Reihen der Sozialdemokraten. (Lärm bei den Soz.) Die Gefahr der Arbeitsmarktergesetzgebung, die jetzt von der Sozialdemokratie systematisch vorbereitet wird, ist viel schlimmer als die ärgste Scharfgraber. Der Sozialdemokratische Antrag lautet: 'Ohne Not kein Brot' (Lachen und Zustimmung.) Wir werden die Freiheit der Arbeiter gegen jeden Terrorismus aufrecht erhalten. (Beifall im Sitz.)

× Abg. Scholz (Soz.): Als in diesen Reichstag sieben christliche Arbeitervereine eingingen, da hing ihnen der Himmel voller Geigen. Was haben aber die sieben Schwaben — hätte ich beinahe gesagt — denn hier geleistet? Das bürgerliche Zentrum hat sogar eine Resolution in der Kammer eingebracht, wonach alle Sozialdemokraten aus den Staatsbetrieben gejagt werden sollen. So sieht das arbeiterfreundliche Zentrum aus! Ich könnte tagelang über Ihre Verbrechen reden. Sie treiben ein seltsames Spiel mit den Arbeitern. Herr von Camp, Dr. Stresemann und Herr Reiberg haben über Terrorismus geredet. Herr von Camp sollte sich um den Terrorismus der Eberfelder Fabrikwerke kümmern, wo er ja ein großes Wort mitzureden hat. Und Herr Reiberg um seine Kinder und das Beschuldes. Aber nationalliberaler Terrorismus aber gegen die Arbeiter in Baden. Der Redner lehnt alle Maßnahmen gegen die Warenhäuser ab und fordert ein Arbeitsmarktergesetz.

× Abg. Schmalz (nt.): Ich befürchte, daß in den blauen Provinzen der Reichstagsleiter zugewiesene Mittelgebrauch der juristischen, weiblichen und literarischen Sprache in Verhandlungen durch die preussischen Landesbehörden gehindert werde.

× Abg. Gotsche (Wo.): Ich erinnere mich noch der Zeit, da die Nationalliberalen den Zollrat einfach für schuldig hielten. Unter einem gewissen Druck schienen sie sich jetzt daran gewöhnt zu haben. Der Redner spricht gegen den 'gelehrten' Grafen König und die Politik des deutschen Landwirtschaftsministers. Der Reichsverband macht wieder erkrankliche Fortschritte in der Welt. Wir müssen endlich unsere bisherigen Verträge überprüfen heraus Graf König will auch um in seine große Sozialarbeit aufzehen. Den Nationalliberalen reicht es schon zu. Ernie feine jurist. es ist alles vergessen! (Heiterkeit.) Wenn die Nationalliberalen dem Ruf folgen leisten würden, so würden sie in den Armen der Reichen laßt einschließen. Die Rechte fürstet die Wahlen, es wird befragt für sie. (Lachen rechts.) Wir machen jedenfalls nicht mit, wir bleiben die Alten. Auch den Nationalliberalen gegenüber besteht für uns ein Trennungspunkt. Darüber wollen wir keine Anstalt lassen. Wir erkennen aber an, daß die Nationalliberalen in letzter Zeit uns erheblich näher gerückt sind. (Hört, hört! rechts.) Wir sind dankbar dafür, daß sie in der Finanzreform teilgenommen haben und daß sie jetzt in sozialen und politischen Fragen eine Haltung zeigen, der wir unsere Anerkennung nicht verweigern können. (Sehr gut! links; Hört, hört! rechts.) Die von Graf König war von Agrar- und sozialer Geist erfüllt. Da können wir ein ernstes Einverständnis markieren. Dann werden wir nach der Zurückweisung des schwarz-blauen Votums (Lachen rechts und im Sitz.) auch den Gegebenen des preussischen Polizeiverwaltes zu Liebe gehen können. (Beifall links.) Der Redner spricht gegen den Zentralverband Deutscher Industrieller, dessen Geschäftsführer Zweck jede Unantastbarkeit verleihe, wenn er gegen den als Gast anwendenden Staatssekretär in einer Dinerette gewissermaßen eine 'Disziplinarmittelstellung' einleitete. Herr Delbrück sollte die im Annahme

von Dineretinationen vorsichtiger sein. Wer schließlich, die Herren sind in abhängigkeit von Junkern, Schlotzbarren und Hüssen. Das Zentrum legt jetzt ganz in agrarischem Geiste. Auch das Unternehmertum steht noch im Terrorismus. Der Redner spricht für den Abschluß von Tarifverträgen und fordert ein Arbeitsmarktergesetz.

× Abg. Wanda (Soz.) beklagt den Niedergang der Böden in oberflächlicher Industrie und führt Befürchtungen über die schlechte Behandlung der Arbeiter im oberflächlichen Industriebezirk, besonders auf der Donnersmarck-Bahn. Bei uns sind die Gerichte nicht so objektiv wie in Berlin; wir wünschen uns Wobler Richter. Der Redner gibt in äußerster Erregung Schilderungen von den Verhältnissen der Arbeiterschaft und ihrer Genuß in seinem Spengel und verarmt durch die überaus drückende und erdrückende Art seiner Redebeiträge das geliebte Haus um die Wohnstube. Einige Zentrumsgenossen laden während der Einmündung des Redners, dem das ganze Haus aufmerksam zuhört. Der Abg. Schöppin ruft darauf zum Abg. Reber-Ursberg herüber: Schöne Arbeitervertreter sind Sie im Zentrum. Als der Redner unter lauter Beifall der Voten und der Sozialdemokraten schließt, ruft Schöppin: Was sagt Herr Delbrück dazu?

Ein Schlußantrag wird gegen die Linke angenommen. Nach persönlichen Bemerkungen der Abg. Graf König (kon.), Franz-Antoni (Lit.) und Hensbok (Soz.) wird das Gehalt des Staatssekretärs bewilligt.

Dann wird über die zu diesem Titel vorliegenden Resolutionen abgemittelt. Angenommen werden die Resolutionen der Konservativen über die Ermassung von Arbeitslosen durch die organisierte Handwerk, ferner über die Wandertagern, das Zentrum über Wandertagern und -Autidonen und über die Unterbindung des heimlichen Warenhandels. Der Voten und Sozialdemokraten auf Erlass eines Arbeitsmarktergesetzes, der Nationalliberalen über das Petroleummonopol, über die Gleichstellung der weiblichen Beamten mit den Handlungsgehilfen in bezug auf die teilweisen Bestimmungen des Handelskodexes sowie die Ausdehnung dieser Bestimmungen auch auf die Gehilfen der Rechtsanwaltschaft, die Unfallversicherung für freiwillige Rettungsarbeiten, ferner die von Mitgliedern aller Parteien unterzeichnete Resolution hinsichtlich der Einhebung einer Sachverständigen-Kommission zur Schaffung einer deutschen Emphyteusenstatistik, die Zentrumsvoten auf Einschränkung des Detailretails und Aufheben von empfindlichen Zöllen, sowie Zusammenlegung kleinerer Wärgere, bezieht sich auf die Rechte angenommen. Die Sozialdemokraten und Freizügigen ruhen der Rechte zu: Wahlrechtsänderung. Donnerstag 1 Uhr Weiterberatung. Schluß 7 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Die Kali-Propaganda in der Budgetkommission.

Über die Mittwochsitzung ist zu berichten: In der Aussprache über die Verwendung der Kalialagen beantragen die Nationalliberalen, um die Bestimmung des Referendums außer Zweifel zu stellen, ausdrücklich die Bestimmung: Referendums zur Hebung des Kalialabes. Die Volkspartei und die Sozialdemokraten wollen die Propagandagelder gewährt zur Hebung des Kalialabes, zu wissenschaftlichen und praktischen Zwecken im Innlande gegen Verwendungsabweis in halbjährlicher direkter Verrechnung. Unter Umgehung der übergebenen Zwangsvereine sind die Beiträge unmittelbar den beteiligten Stellen zu gewähren. Der nationalliberale Antragsteller hält es für das richtige, die spezifizierten Beiträge sämtlich zurückzulegen. Man solle zur Regierung Vertrauen haben und sich die Gelder gemäß den von ihr in der Kommission abgegebenen Erklärungen überlassen. Einen Referendums ansetzen, sei ein fälschliches und unbiliges Verfahren. Ein Referendums äußert kein Bedauern über das Ausscheiden einer Antwort darüber, was der Staatssekretär zu tun gedenke. Er könne doch wenigstens seine persönliche Ansicht über die Verwendung der Propagandagelder äußern. Aus dem Schweigen der Regierung müßten die Konsequenzen gezogen werden. Man werde im Lande glauben, die Regierung schweige, Farbe zu bekennen unter dem Druck des Bundes der Landwirte. Der Redner weist sich dagegen, politische Gesichtspunkte mit wirtschaftlichen Fragen zu verwickeln. Der Spezialistenorganisations beauftragte gelitete. Es müßten lediglich Mittel ausgemessen werden für die Ausführung des Kalialabes, 2. die Propaganda im Innlande, 3. die Propaganda im Innlande, 4. die Kulturen in den Kolonien und 5. zur Bildung eines übertragbaren Fonds. Nach den Ausführungen von konvolutiver Seite sei es keinen Freunden angelegentlich geworden, als die Konvention für die Propaganda im Innlande nach Absprache mit den Nationalliberalen dadurch die Konkurrenz der ausländischen Landwirtschaft zu bestehen. Vor allen Dingen müsse verhindert werden, daß die Erträge der politischen Propaganda zugute kämen. Die Landwirtschaft solle den Nutzen haben, nicht eine politische Organisation. Die Bildung eines Referendums entpreche nicht dem Staatsrecht; es könne lediglich ein übertragbarer Fonds gebildet werden.

Unterstaatssekretär Richter legt dagegen Verwahrung ein, daß sich die Regierung um die Verantwortung der Frage, ob der Bund der Landwirte Propagandagelder erhalte, herauszubringen versuche. Wenn der Bund der Landwirte nachweism, daß er die Gelder zur Hebung des Kalialabes verwendet, so soll er sie erhalten. Der Bundesrat kann keine Entscheidung darüber treffen, welche Organisationen politisch sind. Der Regierungswesker mündet sich gegen die weitgehende Spezialisierung in den Anträgen.

Ministerpräsident Sydow gibt für sein preussisches Referat die gleichen Erklärungen ab wie der Unterstaatssekretär für das Reichsanwalts des Innern. Von forschfäufiger Seite wird eine Resolution eingebracht, die die veränderten Regierungserklärungen auch für Preußen die Raktate sofort festzusetzen.

Der Wortführer der Sozialdemokraten wundert sich über die übliche 'Begriffswichtigkeit' der Regierung, sobald es sich um den politischen Charakter des Bundes der Landwirte handele; bei den sozialdemokratischen Jugendvereinen finde sie ja sofort die politischen Zwecke heraus. Der Wortführer der Freizügigen habe für billige Kalipreise zugunsten der Bauern gekämpft, während die Führer des Bundes der Landwirte allein die Nationaldemokratische Referat erinnert daran, daß das Zentrum zuerst den Ausdruck 'Schmied' als Referendationswort geprägt habe. Es sei nicht Schuld der Budgetkommission, daß diese Delikte gegen sich in so viele Tage befristet; hätten die veränderten Regierungserklärungen sofort eine Spezialisierung dem Reichstag vorgelegt und mit der Beordnung bestimmter politischer Vereine endlich gebrochen, so wären die Erörterungen erspart geblieben, die bis zur wirklichen Einigung im Reichstag und Presse nicht aufhörten würden.

Handelsminister Sydow erklärt, der Einfluß des preussischen Reichstages auf das Reichsgesetz habe, daher habe er auch keinen Einfluß auf die Verträge des Reichsgesetzes.

Der Wortführer der Konserverativen gibt eine eingehende Darstellung von der Art der Ziehung der Rollen. Seine Freunde und er hätten ein Interesse auch an der Rollenfreiheit der Rollen, die nicht beim Empfang gezogen werden, sondern auf dem Wert auf Veranlassung des Empfängers.

Ein Sprecher des Zentrums gibt dem Bundesrat die Schuld an der Debatte insofern, als er nicht die Ausführungsbestimmungen erlassen und den Etat spezifiziert habe. Wegen der Preisfestsetzung hätten die Konserverativen überhaupt keine Anträge gestellt.

Das Zentrumsmittglied mit dem politischen Mandat betont nachmals den materiellen Zusammenhang der Rabatte mit den Propagandagebern. Die großen Verbände haben ein Kompromiß mit dem Reichsgesetz abgeschlossen, bei Feststellung der Zufuhrgebühr zum Schaden der Landwirtschaft.

Die Ansprache wurde nunmehr geschlossen. Am Donnerstag findet zunächst die Abstimmung über die Verwendung der Propagandagebühren statt. Dann soll nach Erledigung der zum Reichstag des Innern vorliegenden Petitionen die Kaltebadeteilung vorgenommen werden.

Zum Fall Jatho

ist von Mitgliedern der preussischen evangelischen Landeskirche nachgehende Eingabe an den Evangelischen Oberkirchenrat gerichtet worden:

Am unserer evangelischen Kirche und der evangelischen Freiheit willen, die unser gutes Recht ist, erheben wir Einspruch dagegen, daß der Kölner Gemeinde der von ihr verordnete Seeliger und Pfarrer Jatho gegen ihren ausdrücklichen Willen durch das Reichsgesetz entlassen werden soll. Der Grundpaß evangelischer Freiheit muß in seiner ursprünglichen Kraft der Kirche der Reformation erhalten bleiben.

Die Politik der preussischen Domänenverwaltung

öfentlich am Dienstag Ministerialdirektor Dr. Thiel im Klub der Landwirte. Bemerkenswert war aus seinen Ausführungen, daß der Staat den Versuch unternommen habe, bei den Verhandlungen von Domänen, die bekanntlich auf 18 Jahre abgeschlossen werden, nach Möglichkeit das Risiko für den Pächter zu verringern.

Die Verfassungsfrage

Die Bestimmungen in der Verfassungscommission für die Wahlordnung von Wittow lassen bereits einen gewissen Schluß auf die Schlüssabstimmung der Parteien. Danach dürften die Konserverativen sowie die Reichspartei die Wahlordnung mit der Nationalliberalen und der Volkspartei für die Verfassungsreform stimmen, während die Haltung des Zentrums ungewiß bleibt.

Nach den Sozialdemokraten ist anzunehmen, daß sie zwar gegen das Gesetz stimmen werden, aber dafür sorgen werden, daß ihre Stimmen nicht gezählt werden, wenn die Gegner des Gesetzes nur durch den Zutritt ihrer Stimmen die Mehrheit für sich erlangen und damit für das Scheitern der Verfassungsreform den Ausschlag geben würden.

Kleine vermischte Nachrichten.

Bei den 19 Reichstagsnachwahlen seit Gründung des schwarzblauen Bloß haben nach einer Statistik des „Vorw.“ die abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen um 35 681 zugenommen. Die Zunahme der Wählerberechtigten beträgt ungefähr 25 000.

Verfahren gegen Prof. v. Soxhlet eingeleitet. Die Voruntersuchung ist noch im Gange; es sei deshalb auch das gegen Prof. Wagner von der Regierung eingeleitete Disziplinarverfahren ausgesetzt worden.

Die Einführung der freien Arztwahl in der Armenpflege der Stadt Berlin war in der letzten Sitzung der Armencommission unter Vorsitz des Stadtrats Gegenstand längerer Beratung.

Der Theaterproseß gegen den König von Preußen. Der Kapellmeister des Hoftheaters in Hannover Boris Brud war, wie feinerzeit berichtet, aus seiner Stellung plötzl. entlassen worden, weil er sich über seinen Chef, den Direktor Barnau, mehrfach ungebührlich geäußert habe.

Hof- und Personalnachrichten.

Das Kronprinzenpaar.

wird nach his Ende dieses Monats in Kairo bleiben und sich dann nach Korfu begeben, wo es vom 1. bis 3. April zum Besuch des Kaiserpaars Aufenthalt zu nehmen gedenkt. Hieran schließt sich die Reise nach Rom, wo der Kronprinz und die Kronprinzessin voraussichtlich vom 5. bis 8. April Gäste des italienischen Königspaars sein werden.

Ueber die festlichen Veranstaltungen, die aus Anlaß der Anwesenheit des Kronprinzenpaars in Wien geplant sind, wird noch demeldest: Bald nach der Ankunft findet in den Alexander-Apartements in der Hofburg, wo das Kronprinzenpaar absteigt, ein Familienbesuch statt.

Ausland.

Niederlage der marokkanischen Rebellen.

S Aus Paris wird gemeldet: Nach einem über Tanger eingetroffenen Bericht des Majors Wangin hat ein sechs hündiges Geschw. zwischen den von französischen Offizieren ausgebildeten, von drei Kanonen unterstützten Sultanstruppen gegen die nach allem System kämpfenden Scherardaleute stattgefunden; er endete mit völliger Unterwerfung der letzteren. Die Stimmung in Fez ist infolge dieses ersten großen Sieges europäischer Truppen sehr europäisch.

Die Wirren in Mexiko.

* Aus Washington wird gemeldet: General Wood erklärte, die gegenwärtig in Texas versammelten Truppen würden auf unabsehbare Zeit d. h. selbst zusammengehalten werden. Für den Patrouillendienst längs der Grenze würden bloß drei Regimenter Kavallerie, ein Regiment Infanterie und eine Abteilung Artillerie verwendet. Der jetzt durchgeführte Mobilisierungspan sei vom Generalstab vor vier Jahren vorbereitet worden.

Memorf, 15. März. Nach Privatmitteilung des „New-York Herald“ aus der Stadt Mexiko ist gestern vormittag in Veracruz ein Aufstand ausgebrochen. Ein Amerikaner wurde getötet, sechs Polizeibeamte verwundet.

Beurteilung zweier Matrosen zum Tode.

S Aus Paris wird gemeldet: Das Kriegsgericht hat die beiden Matrosen Gueguen und Lemarcchal wegen Ermordung eines Kameraden zum Tode verurteilt.

In der recht zahlreich besuchten Ausschlußung am 9. d. Mts. berichtete Herr Stadtvorredner Kerner eingehend über die letzten Stadtvorordnetenversammlungen.

Die nächsten Stadtvorordnetenwahlen führen Johann zu einer interessanten Aussprache. Es scheiden in der dritten Abteilung aus: die Herren Kemmer, Stammel, Hartung, Kühme, Meyer, Kerner, Stammel und Thiele. Der Vorstand wurde ermächtigt, die Stadtvorordnetenwahlen energisch vorzubereiten und in der Ausschlußung im Mai über die Kandidatenliste Bericht zu erstatten.

Obwohl die letzten Stadtvorordnetenwahlen in der zweiten Abteilung nicht zu einem Gezeir haben, soll auf einmütigen Beschluß des Ausschusses wiederum eine eigene Kandidatenliste aufgestellt werden. Es wurde empfohlen, unter Berufung auf das Programm des Hallischen Bürgervereins, Propaganda für seine Kandidaten zu machen.

Die nächste Ausschlußung findet in den letzten Tagen des April d. J. statt.

Der Annunziations-Ausschuß hielt laut vor ordentlichen Veranmlung auf Freitag, den 17. März, abends 8 1/2 Uhr nach dem Restaurant „Zum Schultze“, Postrasse, ein. Es liegt folgende Tagesordnung vor: 1. Jahresbericht, 2. Festsetzung des Haushaltsplans für das Geschäftsjahr 1911 und Wahl der Mitglieder zur Prüfung der Jahresrechnung für das am 31. März ablaufende Geschäftsjahr.

Kirchliche Nachrichten.

U. V. Frauen. Freitag, den 17. März, abends 6 Uhr: Vortragsabend, Suppernt. D. Wächter (Gertraudenkapelle).

Gerichtsverhandlungen.

Jum Streit zwischen Kranenkasen und Kerzen. Vor etwa Jahresfrist beschloß sich die Gesellschaft mit der Kampfbewegung des Geschäftsführers des Leipziger Kerzenverbandes beim Reichsgericht. Dieser sollte den an den von der Ausschlußbehörde geleiteten Einigungsverhandlungen teilnehmenden Kerzen telephonisch folgende Instruktion gegeben haben: „Verfahren Sie äußerst höflich; sehen Sie genau zu, wie die Hosen laufen, danach operieren Sie. Halten Sie sich im Hinterhalt; wenn Sie die Handlungen der Herren entgegen; später, wenn wir das Best in Händen haben, können wir die Sache noch nach unserem Geschmack drehen.“

Provincial-Nachrichten.

Große Durchstreifen. Ufherleben, 14. März. Größere Diebstähle sind in der hiesigen „Terra“-Mittengemeinschaft für Samenzeug entdeckt worden. Die Diebstahlsfälle wurde lange Jahre hindurch betrieben. Verschiedene Arbeiter, die zum Teil länger als 20 Jahre bei der Gemeinschaft beschäftigt sind, haben nach und nach Tausende von Kart Samen an auswärtige Firmen verkauft; ja verschiedene Firmen sollen den betr. Arbeitern direkt Aufträge auf bestimmte Samenorten erteilt haben, die dann auch in der Mehrzahl der Fälle ausgeführt wurden.

sehen, die als neue Samenarten ganz erheblichen Wert repräsentieren und auf die es die auswärtsigen Firmen aus Kontinentarabwärts abgeben hatten. Neben einem ausgedehnten Diebstahlprozess steht also auch ein Schleichprozess bevor.

Ummendorf, 15. März. (Gemeindeetat.) In der letzten Sitzung der Etatskommission wurde der Etat für das Jahr 1911/12 beraten. Der Vorliegende, Herr Gemeinde-Vorsteher Häber, bescheinigte die finanzielle Lage der Gemeinde als günstig, wenn auch die neue Etat eine bedeutend höhere Summe aufwies. Der alte Etat schloß mit 99 700 Mark ab, der neue erreicht die Höhe von 128 200 Mark. Der neue Etat wird allen neuen Fällen Berücksichtigung gewährt. Die Polizei-Strasse wird neu ausgebaut und mit gepflasterten Bürgersteigen versehen, auch soll die meiste Kanalisation berichtigt und der Abwasserfortsatz hergestellt werden. Ein neuer Sprengwagen soll angeschafft werden, um den lästigen Staub im Sommer zu bannen. Ferner will man einen Tiefbauschiff anstellen und den schon vor längerer Zeit beschlossenen Neubau eines Feuerwehrturmes ausführen. Mit der Begrüßung unseres Ortes sind auch verschiedene Positionen in der Ausgabe gewachsen. Die Kreissteuer ist von 16 200 Mark auf 17 640 Mark, die Armenunterstützung von 2300 Mark auf 3400 Mark geiegen. Der jährliche Aufwand von den Schulfällen wächst durch Anstellung einer neuen Lehrkraft und Inanspruchnahme einer neuen Unterrichtsstufe von 25 000 Mark auf 29 000 Mark. Trotzdem ist eine Erhöhung des Steuerfußes auf 140 Prozent nicht erforderlich.

Wesen, 15. März. (Gemeindevertretung.) Die letzte Gemeindevertretung fand in der Kreisbahnhofs- und Gefängnis-Kreisbauabschlüssen aus der Gemeindekasse zu befehlen. Der neue Haushaltsplan für 1911/12 erfordert in Einnahme und Ausgabe einen Aufwand von nur 18 835 Mark. Der Vorstoß des Herrn Landrats, der weitere Ausbreitung der Perfingie Einhalt zu tun, fand keine Annahme, da man über den Nutzen resp. Schaden des Vogels geteilter Meinung war. — Bei dem letzten Vereinsanliegen wurden folgende Kriegsveteranen des hiesigen Kriegsveteranen durch den Herrn Vorsteher den Rudloff durch Ordensbänder mit der Zahl 40 ausgezeichnet, weil sie Mitglieder des Vereins sind. Es waren folgende Herren: Maß, Höhrig, Baumgarten und A. Döhr. Mögen diese Herren noch recht lange dem Verein in alter Treue und Mithinglichkeit erhalten bleiben.

Ellenburg, 14. März. (Die Stadtverordneten) beschließen 700 bis 1000 Mark zur Durchführung einer Wohnungsaffäre.

Wienfeld, 14. März. (Steuerausgleichs fonds.) Die Stadtverordnetenversammlung fasste den Beschluß, aus den letzten Einnahmen der Stadtkasse einen Steuerausgleichs fonds zu bilden und in diesem Jahre 1000 Mark auf ein Sparkassenkonto anzulegen, ebenso werden aus den Ueberschüssen des Wasserwerks 1000 Mark jährl. angelegt.

Grethorn, 15. März. (Friedhofshändlung.) Auf dem hiesigen Gottesacker wurde ein totes Schwein zwischen zwei Gräbern eingescharrt gefunden. Es handelt sich um einen Kadaver. **Griz, 14. März.** (Der Wagenmangel.) Ein in den Kreisen unserer Gegend insonderheit häufiges Verbrechen, macht sich jetzt wieder oft in unangenehmer Weise fühlbar. So fehlen gestern nicht weniger als 100 Wagen! Mit diesem Mangel ist eine lohnende Erziehung unserer heimischen Industrie verknüpft, doch hier lebhafter denn je der dringende Wunsch nach Abhilfe laut wird.

Astora, 14. März. (Bismarckfeier.) Auch in diesem Jahre wird der Festkomitee der Vereine Deutscher Studenten am 1. April, dem Geburtstag Bismarcks, auf der Katenburg unter der flammenden Bismarckfahne eine Feier veranstalten. Im Anschluß daran findet ein Kommers in der Bürgerkassette statt.

Wiederoda, 13. März. (Waisenverkauf.) Der Landwirt Otto Magdeburg kaufte das Gut des Wandwirts Paul Richter hier, das etwa 60 Morgen groß. Das neue Richter beschäftigt auf dem großen Gartengrundstück, das zu diesem Gute gehört und sich dazu vortrefflich eignet, eine Ziegenarie anzulegen.

Griz, 14. März. (Nach dem Vorgange der Letzte) in vielen anderen Städten haben sich auf die hiesigen Versteigerung, eine beschränkte Sonntagsruhe einzuführen. Vom 1. April an werden sie an Sonn- und Feiertagen keine Sprechstunden mehr halten und die Besuche einschränken. Für ärztliche Leistungen, die Sonn- und Feiertags nach 12 Uhr mittags verlangt werden, wird die doppelte Tage berechnet werden.

Köthen, 15. März. (Verlust der Kirchenraub.) In der vergangenen Nacht wurde in der St. Agnus-Kirche eingebrochen. Der Einbrecher hat mit einer Bröckelung die Kirchentür ausgebrochen. Jedoch mag er verurteilt worden sein, denn von den Wertgegenständen fehlt nichts. Der Einbrecher hat seine Einbruchwege in der Kirche zurückgelassen.

Luftschiffahrt.

Ballonwettkampf.

Ballon „Halle“ (Flüher Prof. Goch-Halle) und Ballon „Nordhausen“ (Flüher Bergallesehrer Viebenam, Mitflieger Dr. Schotte-Wippa, Gerichtsallesehrer Steiner-Deilig, Bergreferendar Ludovic-Nordhausen) steigen am Sonntag 3/8 Uhr morgens gleichzeitig bei der Ballonhalle Bitterfeld auf.

Die Ballone nahmen Richtung nach Ostnordost und fuhren anfänglich in niedriger Höhe bis etwa 300 Meter. „Halle“ erreichte zunächst etwas voraus, wurde aber bald von „Nordhausen“, der wegen der etwas höher vermuteten größeren Windgeschwindigkeit auf 500 Meter gebracht war, eingeholt. Man verständigte sich noch nach etwa 2 Stunden dann aber ging „Nordhausen“, sich in Höhen zwischen 400 und 600 Meter haltend, in Richtung nach Osten, also nach Norden. „Halle“ wehrte sich aber. Vier Stunden nach der Abflucht hatten sich die beiden Ballone aus Sicht verloren. „Halle“ landete 3 1/2 Uhr nachmittags, also nach 7 1/2 stündiger Fahrt, noch Zurücklegung einer Wegstrecke von 140 Kilom. sehr glatt bei Beesdom. „Nordhausen“, der gleich wie „Halle“ den Spreemünd überflogen hatte, parkierte noch weiterhin Frankfurt a. O. und wurde 4 1/2 Uhr nachmittags, nach 8 1/2 stündiger Fahrt und Zurücklegung einer Wegstrecke von 200 Kilom. bei Drollen am Schleppliff herabgesetzt. Hefteläufe, die bei der männlichen und weiblichen Jugend Drollen viel Anfall fanden, bildeten den Dank der Ballonfahrer für die Hilfsbereitschaft.

Ballon „Halle“ hatte 8 1/2 Ballast mit auf den Weg bekommen, „Nordhausen“ dagegen 53. Die Rollen waren also nicht gleich verteilt. „Nordhausen“ konnte im Gegenstich zu „Halle“ im letzten Teile der Fahrt Höhen bis 1600 Meter aufziehen und hat hauptsächlich erst in dieser Höhe

den Körper von 60 Kilom. bekommen. Die Durchschnittsgeschwindigkeit für „Halle“ betrug 18 Kilometer in der Stunde, die für „Nordhausen“ dagegen 22 Kilometer.

Ein neuer Flugapparat. Der außerordentliche Professor der Medizin und Oberarzt der chirurgischen Universitätsklinik Dr. Boecker in Heidelberg hat sich der Aviation zugewandt. Er ist bereits mit einem Gefährt nach Obersdorf im Allgäu abgereist, um einen von ihm konstruierten Apparat fertigzustellen und auszuprobieren.

Kunst und Wissenschaft.

Hochschulnachrichten.

Geh. Rat Prof. Dr. Alfred Bend, der Geograph der Berliner Universität, ist zum Ehrenmitglied der Geologischen Gesellschaft in Sibirien ernannt worden. — Der Kapit ernannte den Universitätsprofessor Dr. Heinrich Kellner in Bonn anlässlich seines 60jährigen Priesterjubiläums zum päpstlichen Hausprälaten.

Prinzregent Luitpold und die Künste.

Aus Petersburg wird gemeldet: Auf Vororschlag der Großfürstin Maria Fjodorowna, der Präsidentin der Akademie der Künste, hat die Akademie den Prinzregenten von Bayern für seine hohen Verdienste um die Förderung der Künste einstimmig zum Ehrenmitglied der Akademie gewählt.

Die Abgeordneten Dr. Friedberg, Graf Claron d'Hausoville und Dr. Newald haben zur zweiten Beratung des Etats des Ministeriums der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten für das Etatsjahr 1911 bei dem Kaiser die folgende Eingabe, von 119, folgenden Antrag gestellt: Das Gaus der Abgeordneten solle beschließen: die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, die Erziehung einer nichtstaatlichen Universität in Frankfurt a. M. nicht anders als auf Grund eines Gesetzes zu genehmigen.

Die Einweihung des Hebel-Museums in Weßfeldhausen wird am 18. März stattfinden. Professor Krumm aus Kiel wird voranschüsslich die Feste übernehmen. Dann folgt eine Besichtigung der Sammlungen. Am Abend wird der Entschlafensverein „Dramat“ den zweiten Teil der „Mühlingen“ und „Siegfrieds Tod“ aufhören.

Vermischtes.

Rätselhaftes Verschwinden.

Aus Magdeburg meldet das „L. T.“: An das Verschwinden des Krefelder Kaufmanns Girmes erinnert das geheimnisvolle Verschwinden eines jungen Telegraphenbeamten, der in den Diensten der „Telefunken-Gesellschaft“ an Bord des Norddampfers „Bremen“ tätig war. Der Dampfer „Bremen“, von dem bekanntlich auch der Kaufmann Girmes verschwunden ist, befand sich am 4. März auf hoher See auf der Fahrt nach Amerika. Der Beamte Weinreich aus Magdeburg hatte sich bei 2 Uhr morgens mit einigen Bekannten auf Deck unterhalten und war dann in seine Kabinette schlafen gegangen. Als er am nächsten Morgen seinen Dienst antreten sollte, war er verschwunden. Die Durchsuchung der Kabinette ergab, wie die Verwandten behaupten, daß der Raum vor fremder Hand durchsucht war und daß alle Rillen und Schubladen gewaltsam geöffnet waren. Eine Festfestscheibe war zertrümmert. Auch soll einiges Gold gestohlen haben. Das Geseamt in Bremerhaven, das sich als erste Mitteilung mit der Angelegenheit zu befaßten hatte, entschied, daß Weinreich das Opfer eines „unangeführten Anfalles“ geworden ist. Die Verwandten wandten sich jetzt an die Dienstleistungsanstalt in Hamburg, aber diese lehnte jede weitere Erörterung der Angelegenheit ab. Damit sind die Rechtsmittel der Angehörigen vorläufig erschöpft. Sie haben jetzt die Pflicht, die Sache im Reichstag zur Sprache zu bringen und die Regierung interpellieren zu lassen.

Doppelmord.

Aus Dömitz wird gemeldet:

Ein grauenvoller Mord wurde an den Brüdern A. K. in Storch bei Danenberg verübt. Die Täter, welche unbekannt werden konnten, sind zwei beim Bahnbau Danenberg-Blüchom beschäftigte polnische Arbeiter. Unsicher handelt es sich um Raubmord, da die beiden Brüder als wohlhabende Hofbesitzer bekannt waren. Dem Verbrechen muß ein harter Kampf zwischen den Räubern und ihren Opfern vorangegangen sein. Darauf deutet auch der Umstand hin, daß der eine Bruder auf der Diele, der andere auf dem Hof erschlagen aufgefunden worden ist. Die Wirtshafterin des ermordeten Bruderspaars hatte sich rechtzeitig durch einen Sprung aus dem Fenster retten und Nachbarn herbeiholen können, denen die Festnahme der Mörder gelang.

Tragödie eines Studenten.

Ein deutscher Student der Rechtswissenschaft mit Namen Georg Großhahn hat sich in einem Hotel des Universitätsviertels in Paris mit Blausäure vergiftet. In einem Brief an seine Brüder und Schwestern bittet er, seine Leiche der Wissenschaft zu überlassen, damit die Vereinfachungsversuche an seinem Körper studiert werden können. Die Gründe des Selbstmordes sind unbekannt. Großhahn lebte in geregeltem Verhältnisse.

Tragödie einer Fünfschwägerin.

Aus Frankfurt vor der Amtsansehungsanstalt sprach Dienstan nachmittags die 15 Jahre alte Maria Beeslow aus dem Fenster der zweiten Etage in Berlin. Das junge Mädchen behauptete einen ausgeprägten Drang zum Bagabondieren. Aus jeder Verhelfung, in die sie die Eltern brachten, verstand sie nach weinenden Tagen, trieb sie Tag und Nacht in liberlicher Gesellschaft umher und lebte dann in völlig vernachlässigter Keilbung in die städtische Bevölkerung ein.

Als alle Ermahnungen nichts fruchteten, schickte die Eltern den Mann, das Kind in einer Ansehungsanstalt unterzubringen. Da die Fünfschwägerin in den letzten Tagen wieder Miene machte, aus der Wohnung unbererkt zu verschwinden, wurde sie von der Mutter, die die Fortsetzung im Hause verkehrt, in ihrem Zimmer eingeschlossen. Als am Nachmittag die Mutter von einer Besorgung nach Hause zurückkehrte und den Hof betrat, fiel ihr die Tochter, die aus dem Fenster gelunnen war, vor die Füße und stieß mit einem schweren Bedenbruch und mit gebrochenen Beinen auf dem

Asphalt liegen. Man schaffte das befeinnungslose Mädchen in die Wohnung und von dort auf ärztliche Anordnung in einem Krankenwagen nach dem Krankenhaus Westend. Es dürfte kaum mit dem Leben davontommen.

Das Testament der Köhlin. In München hat eine Köhlin in der Stadtgemeinde 11 300 Mark vermacht, deren Zinsen je zur Hälfte für die Stadtarmen und als Stipendium für römisch-katholische Theologiestudenten verwendet werden sollen.

Verwerfungstat. In Mannheim erschoß der Registrator Heide seine beiden Kinder im Alter von 2 1/2 und 10 Jahren und dann selbst. Seine beiden älteren Kinder waren während dieser Zeit nicht zu Hause. Heide hat die Tat aus Verwerfung ausgeführt, weil seine Frau vor einigen Tagen in die Zrenensaffat gebracht worden ist.

Die Einflüsse am Zukunfts. über die wir berieten, dauern noch immer fort. Sie sind von heftigem unterirdischen Sturm begleitet. Der obere Erdabhang der Weissenbahn ist stark befeuchtet. Der Sturm, der auf dem Meise walzt, verändere heimische Beobachtungen.

Die Hinterlassenschaft des Jodels. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß sich der Wert der Hinterlassenschaft des vor einiger Zeit verstorbenen Jodels Tom Logies auf nicht weniger als 1 400 000 M. beläuft. Er war in seinem Beruf beständig sehr vom Glück begünstigt und fand jahrelang in den Diensten Leopold von Hofschloß, der selbst die finanziellen Operationen seines Jodels überwahte und sie in die richtigen Bahnen leitete.

Lezte Nachrichten.

Die Wirren in Mexiko.

H. Newport, 15. März. Aus El Paso kommt die Meldung, daß Madero mit 1000 Mann auf Juarez losmarschiert, wo Roarita mit 500 Mann Regierungstruppen sich befindet. — Der „Times“ zufolge ist die Lage in Chiapala äußerst befechtlich. 5000 Insurgenten belagern die Stadt, worin 2500 Truppen stehen. Die Vorräte sind sehr knapp. 800 Insurgenten nähern sich noch. Das Blatt meldet weiter, daß 10 000 Anzuhilfen in Nordmexiko bereit seien, loszubrechen. — Dem „Seral“ zufolge ist der Ausbruch bedeutender Unruhen, besonders antimexikanischer Demonstrationen, in der Stadt Mexiko jeden Augenblick zu erwarten. Die Regierung trifft umfassende Maßregeln.

Newport, 15. März. Fünfzehn Amerikaner, die mit General Madero fochten, sind gefangen genommen und angehängt bereits erschossen worden. Die Rebellen behaupten, daß sie 12 000 Mann unter den Waffen hätten.

Neuer kommandierender General.

h. Köln, 15. März. (Privat-Telegramm.) Wie verlautet, steht die Beförderung des Kommandeurs der 15. Division, Generalleutnant v. Gallwitz, zum kommandierenden General bevor. v. Gallwitz dürfte das 4. Armeekorps in Magdeburg erhalten. — Der Gouverneur der Stellung Köln, General der Infanterie Sperling, beschäftigt, seinen Abschied zu nehmen.

Das deutsche Kronprinzenpaar in Wien.

Wien, 15. März. Auf Anordnung Kaiser Franz Josephs werden für den zweiwöchigen Aufenthalt des deutschen Kronprinzenpaares in Wien außerordentliche Vorbereitungen getroffen. Die Apartments der Kronprinzessin erhalten reichsten Blumen schmuck. Sonntag wird das Kronprinzenpaar den Kaiser in Schönbrunn besuchen. Dann folgen Wärten bei der Erhebrücken. Sonntagabend findet im Schönbrunner Schloß in Diner statt; Montag werden die Wiener Sehenswürdigkeiten besichtigt.

Nachspiel der Mordaffäre Paterno.

Mailand, 15. März. Der Mord, den der Leutnant Paterno an der Gräfin Trigona verübt, hat in Florenz ein Nachspiel gehabt. Das Offizierkorps des dortigen Karabinieriregiments führte sich durch einen Artikel der Zeitung „La Voce“ beleidigt. Ein Offizier wurde bestimmt, den Chefredakteur des Blattes zu fordern. Er stellte ihn auf der Straße und gab ihm eine Ohrfeige. Der Redakteur wehrte sich, und es entstand eine regelrechte Prügelei, bei Vassanten dem Kampfe ein Ende machten. Das Duell wird nun wahrscheinlich zustande kommen.

Sydon.

Florenz, 15. März. Ein heftiger, zyklonartiger Sturm hat in Viareggio großen Schaden angerichtet. Die Marmorbearbeitungsanstalt wurde zerstört, wobei fünfzehn Personen verletzt wurden.

Vermischte Drahtnachrichten.

Kaiserslautern, 15. März. Der Maler Joh. Pischel erschloß seine Geliebte Barbara Ditj und verzeigte sich dann selbst sich mer, jedoch nicht lebensgefährlich. Solingen, 15. März. Durch die Vermittlung des Arbeiterverbandes wurde der Streik und Ausstand bei der A. G. Webersberg, Kirchbaum & Co. beendet.

Wien, 15. März. Das Liebespaar, das sich gestern in Wien erschloß, kam tatsächlich aus Bitterfeld. Der Mann ist mit dem Mechaniker Otto Ziegler aus Bitterfeld identisch.

Unterhaltungsbliatt.

Gräfin Laubergs Enkelin. Roman von Fr. Lehne (Fort.) — Der Böhnhale. Von Adolf Start-Marienbad. — Literarisch.

Redaktion: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Bericht, Handel: Eugen Brinmann; für Ausland und Rechte Nachrichten: Karl Meiner; Zeitungen, Vermischtes usw.: Martin Schwibingener; für den Ankerdienst: Albert Barth und Verlag von Otto Hendel. Gemäßig in Halle a. S. — Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließlich Unterhaltungsbliatt.

Main table containing stock market data, organized into columns with various stock names and prices. Includes sections like 'Berliner Börse', 'Wechselkurse', and 'Gold-Silber-Banknoten'.